

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

DIE GROSSE HEIMATZEITUNG
GEGRÜNDET IM JAHRE 1874



RHEINISCHE POST



AMTliches MITTEILUNGSBLATT
DES LANDKREISES GREVENBROICH

JAHRGANG 78 NR 259

DIENSTAG, 6. NOVEMBER 1951

Preis 20 Pfennig

Bonn meldet Steuerwende

Die Finanzlage der Bundesrepublik entspannt — Optimismus für 1952

Bonn, 5. November. (dpa) Bei den Steuereinnahmen des Bundes und der Länder hat im September eine in Bonn seit langem erwartete Wende eingesetzt. Wie maßgebliche Beamte des Bundesfinanzministeriums am Montag erklärten, lagen im September die Steuereinnahmen mit rund 1,5 Milliarden Mark erheblich über den Bundesausgaben, so daß ein Überschuß von über 200 Millionen Mark erzielt wurde. Die bisherigen Steuereinnahmen des Jahres liefen hoffentlich, daß damit zum erstenmal die allgemeinen Steuererhöhungen, insbesondere bei der Einkommen- und bei der Umsatzsteuer, voll zum Zuge kommen.

Auf Grund dieser günstigen Steuereinnahmen konnte der Bundesfinanzminister seine Schulden, die auf über 1,6 Milliarden angewachsen

waren, erheblich abbauen und vor allem seine Verschuldung bei der Bank deutscher Länder beträchtlich senken. Durch diesen Beginn erhöhter Steuereinnahmen hat sich die Finanzlage des Bundes wesentlich entspannt, obwohl Finanzminister Schäffer im Laufe dieses Haushaltsjahres noch große Schwierigkeiten zu überwinden haben wird. Die Steuersachverständigen des Bundes rechnen jedoch damit, daß die Steuereinnahmen voraussichtlich bei der Umsatz-, Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer um 200 bis 300 Millionen über den bisherigen Schätzungen liegen werden. Damit werden allerdings nur das an anderer Stelle, etwa bei den Zöllen, auftretende Loch gedeckt; die Lage des Bundeshaushalts bleibe nach wie vor äußerst ernst. Für 1952 ist man dagegen etwas optimistischer. Man hofft, in diesem Jahr Einnahmen und Ausgaben des Bundes ins Gleichgewicht bringen zu können.

Politischer Wendepunkt...

... aber keine drastische Schwenkung
London, 5. November. (dpa) Die UNO-Vollversammlung in Paris wird in London als ein politischer Wendepunkt betrachtet. Die diplomatische Offensive der Westmächte, die der Sowjetunion die Initiative aus der Hand nehmen soll, sei seit vielen Monaten sorgfältig geplant worden, wird in London politischen Kreisen erklärt. Die Absicht der Westmächte sei, festzustellen, ob die Sowjets etwa zu einer Verständigung bereit seien, die jedoch keinesfalls mit einem „Appeasement“ oder einem neuen „Münchener“ erkauf werden solle. Der Aufbau der westlichen Verteidigung werde nach wie vor als Grundlage einer Friedensregelung betrachtet und nicht als ein Handobjekt. Drastische Schwankungen seien daher weder in der Verteidigung noch in der Sowjetunion erwartet. Man dürfe sich ein „Friedenstreffen“ der vier Großmächte zur Erörterung der Streitfragen zwischen Ost und West vorlegen. Ferner wird ein sowjetischer Vorschlag zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen unter Aufsicht der vier Besatzungsmächte für möglich gehalten.

Kleine Außenministerkonferenz

Acheson, Eden und Schuman beraten heute über Deutschland

Paris, 5. November. (Eigenbericht) Am Dienstagmittag beginnt in Paris die 6. Vollversammlung der UNO. Zuvor werden am Vormittag die Außenminister der drei Westmächte, Acheson, Eden und Schuman, zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenkommen. Die Konferenz wird über die Deutschlandfrage, zu besprechen. Da die Verhandlungen, die Dr. Adenauer seit geraumer Zeit mit den Hohen Kommissaren über die Wiederherstellung der deutschen Souveränität führt, bei der für Mittwoch angesetzten 8. Sitzung zu einem gewissen Abschluß gelangen sollen, wird die „Kleine Außenministerkonferenz“ erhöhte Bedeutung zu. — Treffen doch die Außenminister der Westmächte seit ihrer Washingtoner Zusammenkunft, auf der sie die Direktiven für die Verhandlungen mit der Bundesrepublik festlegten, zum ersten Mal wieder zusammen.

Statt Morrison wird Großbritannien diesmal Eden im Kreise der Außenminister vertreten. Er hatte bereits am Sonntagabend und erneut am Montag ausführliche Besprechungen mit Acheson. Der USA-Außenminister traf am Montag ferner mit dem amerikanischen Außenminister McCloy zusammen, der ihn über den Stand der Bonner Verhandlungen unterrichtete.

Kein Deutschlandplan Edens

London dementiert alle Gerüchte

London, 5. November. (Eigenbericht) Vom britischen Außenministerium wurden am Montag kategorisch alle Gerüchte dementiert, wonach die Regierung Churchill einen Deutschlandplan aufgestellt habe. Außenminister Eden mit dem Plan nach Paris gegangen sei, an die Sowjetunion mit neuen Vorschlägen in der Frage des deutschen Verteidigungsplanes heranzutreten, und die neue britische Regierung oder die Westmächte gemeinsam die

Absicht hätten, auf Kosten Deutschlands einen „Kuhhandel“ mit der Sowjetunion abzuschließen. In London amtlichen Kreisen wird betont, daß Großbritannien fest zu den Entschlüssen stehe, welche die drei Westmächte auf der letzten Konferenz ihrer Außenminister in Washington gefaßt hätten. Die Verhandlungen über die Durchführung dieser Beschlüsse würden planmäßig mit der Bundesregierung fortgesetzt. Nur wenn diese Verhandlungen scheitern sollten, müßten die Westmächte ohne die Unterstützung ihrer Sicherheit ohne deutschen Beistand entgegen der normalen Straßen noch mehr

Sechserkonferenz mit Adenauer?

Angebliche Pläne Robert Schumans

Paris, 5. November. (Eigenbericht) Die Absicht, in Kürze eine Sechserkonferenz der Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, Italiens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs abzuhalten, wurde am Montagabend von einem Querschnitt der dem französischen Außenminister Schuman nahestehenden Kreise, als Tagungsart, über das Thema der Konferenz ist nichts bekannt, jedoch nimmt man an, daß die neuen Europapläne Schumans besprochen werden sollen.

Aufnahme Rotchinas abgelehnt

Erste Niederlage der Sowjetunion

Paris, 5. November. (dpa) Noch bevor die 6. Vollversammlung am Dienstag begonnen hat, unternehmen die Sowjets am Montag in der UNO einen Vorstoß. Sie benutzen die Schlüsselstellung der im vergangenen Jahr begonnenen, offiziell aber noch nicht abgeschlossenen 5. Sitzungsperiode, um erneut die Aufnahme Rotchinas zu fordern und den Antrag zu stellen, diese Frage der 6. Vollversammlung zu überweisen. Der von Jakob Malik eingebrachte Antrag wurde mit 20 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Elf Staaten enthielten sich der Stimme. Ägypten, Indien und Schweden stimmten für den Sowjetvorschlag. Großbritannien, Israel und Brasilien gaben weiße Zettel ab.

5 Minuten vor 12 - Achtung, Funktionär!

Die Arbeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit — 242.000 in der Abwehrkartei

Berlin, 5. Nov. (Eigenbericht) „5 Minuten vor 12 - Achtung, Funktionär!“ lautet die neueste Parole der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, die sie für den Gebrauch von Widerstandskämpfern in der Sowjetzone ausgibt. Frühere Parolen lauteten: „Wann bist du dran?“ oder „Wann mußt du selbst flüchten und dann im Westen Rechenschaft für deine Handlungen ablegen!“ Diese Parolen haben sich als weit wirkungsvollere Waffe erwiesen, als man sich das in Westdeutschland vorstellen kann. Zusammen mit Flugblättern und Warnbriefen an kommunistische Funktionäre haben sie bereits zahlreiche kommunistische Funktionäre veranlaßt, sich bei der Kampfgruppe um eine Rückversicherung zu bemühen.

Der Leiter der Kampfgruppe, Ernst Tiliach, berichtete vor der Presse über die Arbeitsweise seiner Organisation. Die Arbeit diene in erster Linie dem Ziel, die Bevölkerung der Sowjetzone zu stärken und ihr durch Rundfunksendungen, Flugblätter und Zeitschriften das Gefühl zu vermitteln, daß der Westen für sie tätig sei. Die wichtigste Propaganda ist nach Meinung Tiliachs aber die, welche von Bewohnern der Sowjetzone selbst in die Wege geleitet wird. Es ist die gefährlichste, Tiliach versichert, daß seit Januar 1951 keine Jugendlichen mehr für die Widerstandstätigkeit verwandt wurden.

Seit 1945 hat die Kampfgruppe eine Zentralkartei erarbeitet, die mit ihren 242.000 Karten die größte Abwehrkartei Deutschlands bezeichnet werden kann. Dem Suchdienst der Kampfgruppe wurden bis Ende September die

es Jahres 72.756 Namen von Menschen gemeldet, die in der Sowjetzone aus politischen Gründen verhaftet oder verschleppt wurden. Zur Zeit gebe es nach den Ermittlungen der Kampfgruppe dort 24.200 politische, 8.000 wirtschaftspolitische und 10.000 Häftlinge, die wegen „politischer Verbrechen“ in Tateinheit mit anderen Vergehen verurteilt worden sind. Davon kommen rund 90.000 Untersuchungshäftlinge und etwa 37.000 Verschleppte. Von den 100 politischen Flüchtlingen, die im September die Kampfgruppe aufsuchten, baten 152 um Asyl in Westberlin, weil sie vom Staatssicherheitsdienst der Sowjetzone zu Spitzeldiensten geprügelt worden seien. Zahlreiche Opfer dieser Spitzelsystems lassen sich von der Kampfgruppe beraten, wie sie sich verhalten bzw. wann sie fliehen sollen.

Ursprünglich war die Kampfgruppe als reiner Suchdienst gedacht. Zwangsläufig habe sich, so sagte Tiliach, daraus aber die Notwendigkeit einer sozialen Betreuung der Häftlinge und deren Angehörigen ergeben. Mit Mitteln der Geflüchteten habe sie in großem Umfang durchgeführt werden können.

General Tschukow, handeln Sie!

Russischer Revolutionsstab gebildet

Berlin, 5. November. (Eigenbericht) Armee-general Tschukow, der Oberkommandierende der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, hat vor einigen Tagen wie erst jetzt bekannt wird, in seinem Hauptquartier in Babelsberg bei Berlin einen Brief erhalten, über den er vielleicht lachen wird, der ihm aber möglicherweise auch Anlaß zum

verstärken. Der Finanzausschuß des Bundesrates hatte die Autobahngebühr ebenfalls abgelehnt und stattdessen eine Verdoppelung der Kraftfahrzeugsteuer vorgeschlagen. Die Verkehrsminister wandten sich auch gegen eine schematische Erhöhung dieser Steuer. Nach ihrer DGB-Fassung stehen aber in der Belastung der Lastkraftwagen noch steuerliche Reserven.

Für die sozial Schwachen

Düsseldorf, 5. November. (Eigenbericht) Gegen jede egoistische Interessenpolitik, durch die der Staat ausgehöhlt werden würde, sprach sich Wirtschaftsausschuß Düsseldorf-Ruhrbezirk der CDU am Montag auf einer Tagung in Düsseldorf aus. Der Ausschuß setzte sich in lebhafter Aussprache für eine stärkere soziale Durchdringung des marktwirtschaftlichen Prinzips ein, um den Bedürfnissen des Mittelstandes und vor allem der Rentner und Fürsorgeempfänger gerecht zu werden. Dabei wurde der Grundsatz vertreten, Kultur-, Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht einzeln und als „besondere Bezirke“, sondern als einheitliches Ganzes zu betrachten. Das politische Wirken der CDU solle wie bisher der Einlösung des wiedererwachten Deutschlands in ein freies Europa dienen. An der Veranstaltung nahmen der Landesminister Dr. Flecken, Dr. Sträter, Dr. Weitz, Labbe und Dr. Schmidt, zahlreiche Abgeordnete des Landtags und des Bundesparlamentes sowie eine Vielzahl von Vertretern des öffentlichen Lebens teil.

Autobahngebühr oder Steuererhöhung?

Bonn, 5. November. (dpa) Der Verkehrsausschuß des Bundesrates, dem die Verkehrsminister der Länder angehören, lehnte am Wochenende einstimmig die von der Bundesregierung vorgeschlagene Autobahngebühr ab. Eine solche Gebühr müsse verkehrspolitisch die schlimmsten Folgen haben und würde die Überlastung der normalen Straßen noch mehr

DGB bevormundet den Bundestag

Angriff und Angebot in einem Atemzug — „Linksmehrheit“ gegen „Rechtsmehrheit“

Düsseldorf, 5. November. (Eigenbericht) In einer Stellungnahme zum Verhältnis der Bundesregierung zu den Gewerkschaften erklärte der offizielle Informationsdienst des DGB-Bundesvorstandes am Montag, daß es zu begrüßen sei, wenn Bundesregierung und Gewerkschaften noch vor der nächsten Bundestagssitzung zu einer Verständigung über ein Gespräch zusammentreffen sollten. In dieser Möglichkeit liege „noch eine Chance, die man — in echter Verantwortung — nicht ungenutzt lassen darf“. Der Bundesvorstand weist in die gleiche Richtung zurück. Er erklärte, daß die bisherigen Verhandlungen mit Bonn in den entscheidenden Punkten fast ohne Ergebnis geblieben seien. „In diesen Novembertagen“ werde es sich entscheiden, ob es möglich sei, die rechte Neuordnung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik in Angriff zu nehmen“ oder ob die „Bindungen an die Interessen einer Minderheit so stark“ seien, daß die „Belange der breiten Masse unseres Volkes“ dahinter zurückstehen sollten.

Der Unterschied in den Auffassungen des Bundestages und der Gewerkschaften erklärt der

Es bleibt alles beim alten

Fall Steinbüchens wurde erörtert

Berlin, 5. November. (Eigenbericht) Amerikanische und sowjetische Sachverständige trafen sich im Berliner Hauptquartier der Amerikaner, um die juristische Lage der sowjetischen Steuergesetze zu besprechen. Die sowjetische Delegation wurde von I. S. Bakulin, die amerikanische von Rebecca Wellington, der Leiterin der politischen Abteilung der amerikanischen Mission in Berlin, geleitet. Die sowjetischen Delegierten brachten eine Anzahl alter Stadtpläne und Abmachungen mit, die den Anspruch der Sowjetunion auf Steinbüchens untermauern sollten. Die Vertreter der Amerikaner dankten den sowjetischen Vertretern für die Unterredung und verließen die Konferenz, ohne erkennen zu lassen, ob sie diese Angelegenheit jetzt abschließen wollten, oder ob sie mit neuen Übergriffen rechnen würden. Nach amerikanischer Ansicht ist die Lage Steinbüchens geklärt: Es bleibt alles beim alten.

Nachdenken gibt. Der Absender des Briefes ist der „Revolutionsstab“ der russischen Widerstandsorganisation NTS, die sich in Westdeutschland gebildet hat und den Zusammenschluß der seit 1945 aus dem sowjetischen Machtbereich gelassenen Russen darstellt. In dem Brief, der als Flugblatt auch in allen russischen Garnisonen der Sowjetzone verbreitet wurde, wird General Tschukow aufgefordert, die ihm unterstellten Truppenteile zur „Freiheitsarmee des russischen Volkes“ zu erklären und dadurch den Anstoß zum Sturz des stalinistischen Systems zu geben.

„Sie werden mehr Gefährten finden, als Sie vielleicht annehmen“, heißt es in dem Brief. Das Regime Stalins sei verurteilt und zum Verfall verurteilt, weil jedes reaktionäre Polizeiregime, um es zu Fall zu bringen, bedürfe nur eines Anstoßes, den es Tschukow, als ruhmreicher Heerführer geben könne. Für ihn gebe es jetzt nur zwei Wege: „Entweder aus dem Volk gegen die Macht der Tyrannen zur Freiheit, oder aber dieselben Kettentrüben, unter welche die meisten dieserfalls Stalins gingen.“

Auf der Bahre zur Hinrichtung

Berlin, 5. November. (AP) Der ehemalige Gendarmenwachmeister Johannes Schiller aus Neusalza bei Spremberg sei am 30. Oktober im Hof des Dresdener Untersuchungsgefängnisses durch das Fallbeil hingerichtet worden, teilt der Untersuchungs-ausschuß freihäftlicher Juristen der Sowjetzone mit. Schiller war im Oktober 1950 von Landgericht Bautzen zum Tode verurteilt worden, weil er im April 1945 als Gendarmenwachmeister einen plündernden Polen, mit dem er ins Handgemeine gekommen war, erschossen hatte. Der Verurteilte lag gebunden in einer Hellenstalt, von wo er auf einer Bahre direkt zur Hinrichtung getragen wurde.

Umstrittene Streiter

Eine Vorausabteilung der 27. kanadischen Infanteriebrigade ist in Stärke von 300 Mann in Hannover eingetroffen, wo die etwa 7000 Mann zählende Brigade stationiert werden soll. Die kanadische Regierung gab bekannt, daß die Soldaten nicht den Status der Besatzungstruppen in Anspruch nehmen, sondern der westeuropäischen Verteidigung nach Deutschland verlegt werden. Diese Bekanntgabe hat bei den Besatzungsbehörden in Deutschland erhebliche Verwirrung gestiftet. Besonders die britischen Behörden sind verstimmt darüber, daß Kanada so nachdrücklich auf den Unterschied zwischen Besatzungs- und Verteidigungstruppen hingewiesen hat.



Teils des deutschen Volkes“ müsse seine Stimme immer wieder erheben, auch wenn das eine Mehrheit des Bundestages nicht gefalle. Der DGB sei gezwungen, „die Auffassungen der sozial schwächeren Schichten unseres Volkes mit allem Nachdruck zu vertreten, weil das die heutige Mehrheit des Bundestages nicht vermag“. Diese Auffassung bringt die Stellungnahme des DGB mit der Ankündigung des DGB-Vorsitzenden Fette in Verbindung, daß der DGB politisch noch sehr viel aktiver werden würde als in der Vergangenheit. Die Stellungnahme macht dann einen betonten Unterschied zwischen „parteilichter Neutralität“, zu der sich der DGB verpflichtet habe, und einer „politischen“ Einstellung. Unpolitisch könne nur der sein, der sich um seine Pflichten als Staatsbürger und um das öffentliche Leben nicht kümmere.

Parlament hat die Entscheidung

Bonn: Zur Zusammenarbeit bereit — Aber kein Mißbrauch der Macht

Bonn, 5. November. (AP) Die Rede des DGB-Vorsitzenden Fette in Veltrop wird am Montag in Bonn den Regierungskreisen dahin kommentiert, daß die Bundesregierung sich wie vor zu einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit sei. Die Gewerkschaften sollten aber erklären, was sie wünschten: das Mitbestimmungsrecht oder die allgemeine Sozialversicherung der Wirtschaft. Die Rede Fettes könnte den Eindruck erwecken, als stelle der DGB die alternative Forderung: Mitbestimmung nach gewerkschaftlichem Muster oder Lohnkämpfe, die möglicherweise zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft führen könnten. Die Bundesregierung lege Wert auf eine Zusammenarbeit, doch sei diese nur durch Verhandlungen zu erreichen. Daher sei es wünschenswert, wenn der DGB künftig eine größere Verhandlungsbereitschaft zeige als Fette in seiner jüngsten Rede.

Aus rein politischen Entscheidungen müßten sich die Gewerkschaften heraushalten. Durch Beteiligung in zahlreichen Ausschüssen könnten sie ihren Einfluß zur Geltung bringen; die letzte Entscheidung liege jedoch beim Bundestag. Parlamentarische Entscheidungen müßten von jeder Organisation respektiert und befolgt werden. Bundeskanzler Adenauer habe den Gewerkschaften eine einflußreiche Stellung im Bundeswirtschaftsministerium angeboten. Die Gewerkschaften hätten den Vorschlag jedoch abgelehnt. Man halte es für bedenklich, daß die Gewerkschaften versuchen, das Ausland gegen die Bundesregierung auszuspielen, wie es im hessischen Metall-

arbeiterstreik oder bei dem Ersuchen an die Hohen Kommissare zu sehen war.

Die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts in der chemischen Industrie zu unterstützen. Auch müßten die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen Verantwortungsgesinnung gegenüber den sozial schwächeren Partnern zeigen. Die sozialen Lasten für Rentner, Arbeitslose, Pensionäre, Versicherte, Flüchtlinge und andere Unterstützungsbedürftige seien bisher einmalig in der deutschen Geschichte. Durch ständige Lohnforderungen der Arbeiter werde dieser Personenkreis geschädigt; die Bundesregierung müsse jedoch gerade den sozial schwächsten Personen ihre größte Hilfe angedeihen lassen.

DGB setzt „Arbeitsfront“ fort

Dr. Schäfer zur Chemie-Mitbestimmung

Frankfurt, 5. November. (dpa) Bundestagsvizepräsident Dr. Hermann Schäfer (FDP) sagte am Montag in Frankfurt, nach seiner Ansicht werde ein Gesetz zur Fortsetzung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer ähnlich dem bei Kohle und Eisen auch für die chemische Industrie festzulegen, im Bundestag selbst dann keine Mehrheit finden, wenn er von Drohungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes begleitet werde. „Ich glaube nicht, daß Teile der Koalition sich noch einmal dazu bereitfinden werden.“

Dr. Schäfer vertrat die Ansicht, daß die Gewerkschaften, die nach 1945 nicht durch einen Zusammenschluß der Arbeitnehmer aus einem echten Solidaritätsbewußtsein, sondern durch die Lage der Besatzungsmächte entstanden seien, „bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung der Arbeitsfront „des nationalsozialistischen Regimes fortgesetzt“ und einen zentralistischen Charakter angenommen hätten.

Einmütig in Grundsatzfragen

Aussprache Adenauer-Dibelius — Evangelische Kirche für Wiedervereinigung

Bonn, 5. November. (Eigenbericht) Bundeskanzler Dr. Adenauer gab am Montag in Kölnsitzung bei einer großen politischen Aussprache führenden Vertretern der Evangelischen Kirche einen Überblick über die außenpolitische Lage und die Frage der deutschen Einheit. Er forderte die kirchlichen Persönlichkeiten auf, sich nachdrücklich für gesamtdeutsche Wahlen im Sinne der Vorschläge der Bundesregierung einzusetzen. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof Dibelius (Berlin), erklärte nach der Aussprache, er persönlich habe keinen Zweifel, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands erfolge. Zweck der Konferenz sei gewesen, den Wunsch der Evangelischen Kirchen nach dieser Wiedervereinigung vorzutragen. Dies werde auch bei der Regierung der Sowjetzone in Berlin-Pankow geschehen.

Mit Bundeskanzler Dr. Adenauer nahmen Minister Willemuth und Staatssekretär Lenz an der Besprechung teil, mit Bischof Dibelius die Bischöfe Meiser und Bender, Präses Held (Düsseldorf), Prälat Hartenstein (Stuttgart) und

Oberpastor Henrich (Hamburg). Außerdem waren der Präsident des Evangelischen Kirchenrates, Dr. von Thadden-Trieglaff, und einige Mitglieder der Evangelischen Akademie Bad Boll anwesend. Die Bundestagsabgeordneten Kunze, Dr. Tillmanns, Dr. Gerstenmaier und Dr. Wellhausen waren als führende Vertreter der evangelischen Öffentlichkeit erschienen. Wie Abg. Dr. Gerstenmaier nach dem dreistündigen Gespräch erklärte, habe bei der Erörterung lebenswichtiger Fragen der deutschen Innen- und Außenpolitik Einmütigkeit zwischen den Regierungsvertretern und den evangelischen Persönlichkeiten bestanden. Dibelius betonte, daß die Evangelische Kirche die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber der Sowjetzoneregierung würdige. Das gelte auch für die Bedingungen, die die Bundesregierung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgestellt habe. Ein Sprecher der Evangelischen Kirche teilte vor der Presse auf Befragen mit, daß auch der deutsche Verteidigungsbeitrag erörtert worden sei, lehnte es aber ab, Einzelheiten bekanntzugeben.

Neu-Grevenbroicher Zeitung Keine „Nähmaschinen“ mehr

Chance oder Ultimatum?

Dr. Wenn Dr. Schumacher, der Parteivorsitzende der SPD, die Äußerung von der „Rechtsmehrheit“ im Bundestag und der „Linksmehrheit“ im Volks getan hätte, so hätte das sowohl seiner Freude an spitzen Formulierungen entsprochen wie auch seinem jederzeit bewiesenen Willen, den Kredit der Regierungskolonne im deutschen Volk zu untergraben. Nun aber ist die Äußerung — und alle Einschränkungen, daß sie nicht parteipolitisch zu verstehen, sondern „im weitesten Sinne des Wortes“ gemeint sei, können weder ihren Sinn noch ihre Wirkung im Volk ändern — nicht aus SPD-Munde gefallen, sondern aus dem Kreis des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie wird als Hauptbegründung für alle Schwierigkeiten herangezogen, die sich in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen ergeben, als Hauptbegründung auch für die Politik, die der DGB jetzt und in Zukunft auf seine Fahne zu schreiben gedenkt. Er bezeichnet sich sogar selbst als den „maßgebenden Sprecher“ dieser Linksmehrheit im Volk und identifiziert sie dann mit dem „eigenen Lohn oder Gehalt arbeitenden größten Teil“ des deutschen Volkes.

Wohl selten ist in der Zeit sehr hitzigen Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Gegnern ein so globales Urteil über alle gefällt worden, die nicht gewillt sind, sich der vereinfachten Meinung eines Partners, in diesem Fall des DGB, anzuschließen. Wenn wenige Zeilen weiter in der gleichen Stellungnahme versucht wird, einen Unterschied zwischen „parteilichem“ Neutralität, zu der der DGB sich verpflichtet habe, und einer „politischen“ Haltung zu konstruieren, dann ist dieser Unterschied nach dem eindeutigen Bekenntnis zur „Linkspolitik“ des DGB nur noch als ein Spiel mit Worten zu werten. Das wird dadurch unterstrichen, daß der DGB der heutigen (1) Mehrheit des Bundestages vorwirft, die Auffassung der sozial schwächeren Schichten unseres Volkes nicht zu vertreten. Beide Vorwürfe sind wohl die schwersten, die man in einer Demokratie einer rechtmäßigen Regierung, die auf klarer parlamentarischer Majorität beruht, machen kann. Niemand, nicht einmal der Bundeskanzlerminister, derler erwartet vom Gewerkschaftsbund, daß er sich „unpolitisch“ im Sinne eines Kegelspiels oder Sportvereins verhält; es ist in einer Demokratie aber ebenso sehr von einer starken und machtvollen Organisation zu erwarten, daß sie sich an die Regeln dieser Demokratie hält und nicht versucht, das Parlament durch Drohungen unter Druck zu setzen. Man kann die gestrige Stellungnahme im Informationsdienst des DGB kaum als etwas anderes bezeichnen! Wenn auf der einen Seite von einer „letzten Chance“ gesprochen wird, die die Bundesregierung bis zur nächsten Bundesausschüttung des DGB ausnutzen müsse, gleichzeitig aber die Parteien, die die Bundesregierung tragen, in solcher Weise diffamiert werden, kann wohl kaum noch von einer Chance, sondern nur von einem Ultimatum gesprochen werden. Die Behauptung von der „Linksmehrheit“ des Volkes, die ihre Gleichsetzung mit allen Lohn- und Gehaltsempfängern ist politisch und parteipolitisch ohne Zweifel als eine solche Diffamierung zu werten. Sie entspricht merkwürdig genau Formulierungen, die schon einmal zitiert wurden. Dr. Schumacher, der statt der CDU eine „bündelfähige Mittelpartei“ wünschte und ihr damit ebenfalls die sozialpolitische Konzeption und den sozialpolitischen Einsatz absprach. Und Dr. Schumacher ist diese Äußerungen im gleichen Dusseldorf, in dem 36 Stunden später die Stellungnahme des DGB veröffentlicht wurde. Der DGB aber hat sich durch seine Abwendung von der innenpolitischen Verantwortung, die diese Stellungnahme dokumentiert, nicht nur in die Parteipolitik hinein, sondern auch in die reinen Interessentenpolitik. Ob Gespräche mit der Bundesregierung unter diesem Druck möglich sind, wird eine sehr verantwortungsvolle Entscheidung des Bundeskanzlers feststellen müssen, den ja schließlich die Äußerungen des DGB ebenso mit getroffen haben, wie die Parteien und die politischen Kräfte der Mehrheit des Parlamentes und des Volkes, die seine Regierung trägt.

Apfel

Von Johannes Kirschweg

In anderen Jahren stieg den Herbst und Winter hindurch aus unserem Keller der Duft der Äpfel auf. Man kam in der Nacht von der Arbeit, ging schlaflos, müde und durstig und ging hinab, um noch zu einem Glas Wein zu kommen, und dann quoll dieser Duft einem so übermächtig entgegen, daß man auf den Wein lieber verzichtete und mit ein paar gelben oder roten Äpfeln zurückkam. Damit saß man dann eine stille Stunde für sich und verkostete in den Früchten alle Süßigkeit und alle Wunder der Heimat.

Wenn Besuch kam — und das war oft genug — stand immer eine mächtige Schale mit Äpfeln auf dem alten Eichentisch, und der Besuch wurde ermuntert: „Den müssen Sie noch probieren! Der hat jetzt gerade die richtige Reife. Ach nein, der ist mit dem anderen ja gar nicht zu vergleichen. Und sehen Sie da diesen grauen, der hat wieder ein ganz anderes Aroma und der — und der —“.

Dieses Jahr läßt der Keller diesen Duft nicht entströmen und die Schale auf dem Tisch ist leer. Einzig im Garten der Schwester hat ein junger Baum eine bescheidene Ernte gebracht, und die wird nun so sorgsam verwahrt, daß Mariechen neulich nach einem Sonntagsapfel sagte: „Ich hab gar nicht mehr gewußt, daß die Äpfel so gut schmecken!“ Nun, ich habe eben zur Vorbereitung für diesen Apfelaufsatz einen von den dreien gegessen, die schon seit einer Woche auf meinem Schreibtisch liegen — wann hätten sie das sonst getan? — und ich muß dasselbe sagen: „Ich hab gar nicht mehr gewußt, daß Äpfel so gut schmecken können!“ Jetzt aber weiß ich es wieder, und es wissen und zugleich wissen, daß man es wieder vergessen kann, bis wieder der nächste Apfel zu essen sein wird, das ist gerade die richtige Verfassung, um die ganze Sippe der Äpfel zu rühren.

Was mich immer am meisten bewegt beim Apfelfressen oder auch nur beim Anblick von Äpfeln oder auch nur in der Erinnerung an sie, das ist der Umstand, daß aus dem zarten, weißen und rosensfarbenen Blüten des Mai, aus

Jeder deutsche Soldat weiß, daß im Sommer 1941 die russische Luftwaffe binnen kurzem niedergekämpft war. Aber nicht alle wissen, daß der Krieger längst vor dem Kriege über die Unzulänglichkeit seiner fliegenden „Nähmaschinen“ Bescheid wußte, und daß neue und bessere Typen damals schon in der Fertigung waren. Statt der kaum ernst genommenen „Nähmaschinen“ gab es dann sehr bald auf russischer Seite eine Art von recht wirkungsvoll operierender fliegender Artillerie, die sogenannten Schlachtfieger, die Panzer und Infanterien den Weg im intensiven Einsatz bahnten.

Das war die russische Luftmacht im Jahre 1945. Fernkampfgeschwader gab es so gut wie gar nicht, und die russische Jagdwaffe war gleichfalls vernachlässigt. Im Laufe des Jahres 1945 fielen dann nahezu alle Zentren der deutschen Luftfahrtindustrie und der Luftfahrtforschung in russische Hand, mit wenigen, im Westen und Süden gelegenen Ausnahmen. Maschinen, Ingenieure und Facharbeiter wanderten in langen Zügen nach Rußland, und das Märchen, daß am Zielort jeweils ein paar benötigte Einzelteile verschwunden gewesen seien, begleitete tröstlich die eifrig betriebene westliche Abklärung. Überdies lieferte England 1946 eine Serie neuester Vampir-Düsen-Motoren nach Rußland.

Die Folgen haben amerikanische Soldaten in Korea zu spüren bekommen. Die Welt- presse schloß zwar weiterhin die Augen, aber die Amerikaner selbst öffneten sie um so weiter. Einer der ersten Sachverständigen auf diesem Gebiet, der britische Abwehrspezialist in Luftfahrtfragen Asher Lee, folgte kürzlich in einem in den Vereinigten Staaten erschienenen Buch über die russische Luftwaffe („The Soviet Air Force“) die neuesten Einsichten in aufschlußreicher Weise zusammen. Danach besitzen die Russen heute mit ihrer MIG 15 das schnellste Frontverdingungsfähige Flugzeug der Welt. Die Geschwindigkeit dieser Maschine überschreitet 1000 Stundenkilometer; dabei ist sie mit 37-mm-Schnellfeuerkanonen bewaffnet. Außerdem darf es als sicher gelten, daß die Sowjetunion die deutsche DFS 346, eine Maschine mit Raketenantrieb und Überschallgeschwindigkeit, die der amerikanische Ball X 1 ähnelt, bereits Anfang 1948 nachgebaut hatte und Probeflüge damit durchführen ließ.

Noch wichtiger ist, daß die russische Flugzeugindustrie einschließlich derjenigen der

Satellitenstaaten eine Kapazität von 50000 bis 70000 Maschinen jährlich besitzen soll, und dies auf Grund vorsichtiger Berechnungen. Daraus folgt Lee, daß Moskau im Kriegsfalle in der Lage wäre, mindestens 15 Luftflotten mit jeweils 1000 bis 1250 Kampfmaschinen im Fronteinsatz zu unterhalten.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auf dem Gebiet der ferngelenkten Projektilen und der Radartechnik. Lee glaubt nicht an die früher viel belächelte russische Rückständigkeit — dank der deutschen Fachleute, die nach 1945 nach Osten „emigriert“ seien. Die jetzt in Rußland vorhandenen Fernraketen vom Typ der V 2 besäßen eine Sprengladung von einer Tonne, eine Reichweite von 600 Kilometer und eine Fluggeschwindigkeit von 5600 Stundenkilometern.

Ihre Treffsicherheit sei allerdings immer noch unzureichend. In der Herstellung moderner Radargeräte gebe es für die Sowjetunion keine Schwierigkeit mehr.

Die einzige Schwäche der sowjetischen Luftwaffe erblickt Lee in ihrem Mangel an Fernkampfeinheiten. Kein russischer Bomber sei gegenwärtig in der Lage, eine Bombenlast von einer Tonne — und damit eine Atombombe — auf ein erstrangiges Ziel in den USA zu werfen. Dagegen gibt es wohl in der Tat zwischen Baku und Wladivostok keinen Punkt, der nicht von der amerikanischen zehnmotorigen B 36 erreicht werden könnte. Die Russen bemühen sich eifrig, diese Supermaschine nachzubauen, sollen aber damit vorerst noch nicht zum Ziel gelangt sein.

U. E. K.

Dringender Brief an die UNO

Hohe Kommissare unterstützen gesamtdeutsche Wahlen

Von unserem Bonner Korrespondenten

Bonn, 5. November. In gleichlautenden Briefen baten die drei hohen Kommissare am Montag den Generalsekretär der UNO, als „wichtigen und dringenden“ Punkt auf die Tagesordnung der am Dienstag in Paris beginnenden Vollversammlung der Bildung eines Ausschusses zu setzen, der die Vorbedingungen für die Abhaltung freier demokratischer Wahlen in ganz Deutschland prüfen soll. Die hohen Kommissare erfüllten damit die Zusage, die sie dem Bundeskanzler am 13. Oktober auf seine Bitte hin gegeben hatten.

In Namen ihrer Regierungen bitten die hohen Kommissare um die „Ernennung einer unparteiischen internationalen Kommission, die unter Aufsicht der UNO gleiche Untersuchungen in der Bundesrepublik, in Berlin und in der Sowjetzone darüber anstellt, ob die derzeitigen Verhältnisse es möglich machen, wirklich freie Wahlen in diesen Gebieten abzuhalten“.

In einer Denkschrift, die gleichzeitig überreicht wurde, betonten die drei Westmächte erneut, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage seit 1945 ihr Anliegen gewesen sei. Sie weisen darauf hin, daß die Durchführung freier Wahlen unter internationaler Kontrolle von ihnen und der Bundesregierung wiederholt gefordert, und dieser Vorschlag auch an die Sowjets weitergeleitet

worden sei. Nur durch eine unparteiische internationale Untersuchung könne ausreichend geklärt werden, ob in den betreffenden Gebieten Deutschlands die Vorbedingungen für freie Wahlen gegeben seien. Im Hinblick auf die Aufgabe der Vereinten Nationen hielten die Regierungen Großbritannien, Frankreichs und der USA die Vollversammlung der UNO für die geeignetste Körperschaft, einen solchen Untersuchungsausschuss zu bilden.

Heuß antwortet am Mittwoch

Dr. Adenauer beim Bundespräsidenten

Bonn, 5. November. (Eigenbericht) Bundeskanzler Dr. Adenauer machte am Montag dem Bundespräsidenten einen kurzen Besuch, um mit Prof. Heuß den Entwurf für die Antwort auf das Schreiben des Bundespräsidenten zu besprechen. Die Antwort des Bundespräsidenten wird am Mittwoch nach Berlin abgesandt und veröffentlicht werden.

In Bonn wird darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz nur wenig Spielraum für eine eigene politische Initiative des Bundespräsidenten zuläßt. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß die allgemeinen Staatspolitik, für die der Bundeskanzler ausschließlich dem Parlament verantwortlich ist. Von Regierungssseite wird daher unterstrichen, daß Bundespräsident keine politische Äußerung grundsätzlicher Natur machen kann, ohne sich der Zustimmung des Bundeskanzlers vergewissern zu haben. Außerdem macht man in politischen Kreisen Bonn darauf aufmerksam, daß zu dem gesamten Fragenkomplex gesamtdeutscher Wahlen feste Beschlüsse des Bundestages vorliegen, durch welche die Exekutivorgane des Bundes in all ihren Maßnahmen, die auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit abzielen, gebunden sind.

Sowjetunion — das große Vorbild

Berlin, 5. November. (dpa) Unter dem Motto „Die Sowjetunion das große Vorbild für die Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur“ stand eine Kulturkonferenz im Ostberliner „Haus der Kultur der Sowjetunion“. Der Vorsitzende der staatlichen Kunstkommission in der Sowjetzone, Helmut Hübner (SED), erklärte, Deutschland müsse von der Sowjetunion lernen, die Kunst zur Sache des ganzen Volkes zu machen. Auf der Konferenz wurde gefordert, daß Deutschland sich zur Entwicklung einer eigenen Kultur nach dem Beispiel der Sowjetunion richten müsse. Ein entsprechender erster Brief soll an alle Kulturschaffenden gerichtet werden.

„Menschliche Unzulänglichkeit“

Mildernde Umstände für Klapproth beantragt

Frankfurt, 5. November. (AP) Vor der Ersten Strafkammer des Frankfurter Landgerichts beantragte der Staatsanwalt gegen den suspendierten Frankfurter Polizeipräsidenten Klapproth wegen Meinungsäußerung und versuchter Verleumdung nach Meinungsäußerung, die er in einem Brief an den Bundespräsidenten veröffentlichte, eine Milderung der Strafe. Der Staatsanwalt beantragte, Klapproth solle wegen der Verleumdung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren, Staatsanwalt Kayser betonte, obwohl der Angeklagte hartnäckig geleugnet habe, müßten ihm mildernde Umstände zugesprochen werden. Klapproth kam von Grund auf kriminell verurteilt worden sei und ihn in dieses Verfahren nur seine menschliche Unzulänglichkeit gebracht habe.

Der Verteidiger Dr. Laternier beantragte Freispruch. Er warf der Staatsanwaltschaft mangelnde Aufklärung des Falles vor. Sie habe nicht mit der Besorgnis und der Vernehmung der Unterlagen habe sie sich nicht um die Hintergründe der beiden

Der Über-Aktivist



„Vorsicht, Gencse — die Leiter ist zu Ende!“

Über Investitionshilfe einig

Preisregulierungen für Wolle und Stahl

Bonn, 5. November. (Eigenbericht) Eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Koalitionsparteien in der Frage der Investitionshilfe wurde am Montag in einer Besprechung beim Bundeskanzler erzielt. Damit dürfte die Mehrheit für das Investitionshilfengesetz gesichert sein.

Von allen Teilnehmern wurde anerkannt, daß die Ergebnisse der Engpassindustrien, die noch nicht unter marktwirtschaftlichen Umständen arbeiten können, eine Aufbesserung erfordern. Diesen Industrien soll es ermöglicht werden, sich eines Tages wieder aus eigener Kraft zu helfen. Dabei dürften gewisse Preisregulierungen für Kohle, Stahl und Energie nicht zu umgehen sein. Eine Verteuerung des Hausbrauns und der Energieversorgung für die Haushalte kommt jedoch nicht in Frage.

Klage gegen Stahlhelm-Musikzug

Hanneln, 5. November. (dpa/AP) Die Polizei von Hanneln hat bei der niedersächsischen Landesregierung Anzeige gegen die „Stahlhelm-Bundeskapelle“ erstattet, die am Sonntag beim Stahlhelm-Führertreffen den Badenweiler-Marsch gespielt hat. Nach einer Verordnung des niedersächsischen Innenministers ist es verboten, diesen Lieblingsmarsch Hitlers zu spielen. Ausländische Pressestimmen haben bereits Kritik an dem Aufmarsch des Stahlhelms geübt. Die Kopenhagener „Berlingske Tidende“ will wissen, daß der alte „Arbeitsdienst“ des Stahlhelms wieder existiere. In Schleswig-Holstein sei er sich bei Einbruch der Dunkelheit im Spatenzerzeien.

Ein Anti-Rommel-Film

New York, 5. November. (Eigenbericht) Twentieth Century Fox, die Produktionsfirma des Rommel-Films „Der Wüstenfuchs“, bereitet gegenwärtig einen zweiten Film über den Nordafrika-Feldzug vor, dessen Drehbuch nach dem Buch von „The Desert Rats“ von Gregory Rogers geschrieben ist. In diesem Film werden die Taten der englischen Truppen verklärt. Es heißt, daß die Absicht auf die scharfen Kritiken zurückzuführen ist, die die Firma durch die Herstellung des Rommel-Films zugezogen hat.

37 Millionen Tote

Gedenksteine für Opfer des Stalinismus enthüllt

Berlin, 5. November. Die Berliner Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) weihte auf dem Steinplatz in Berlin-Charlottenburg vor über 3000 Teilnehmern den Gedenksteine für die Opfer des Stalinismus. Unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden enthielten Kinder eines im Sowjetzonen-KZ verstorbenen Häftlings das Denkmal, das an die Opfer des Stalinismus erinnern soll. Der erste Vorsitzende der VOS, Erich Kalweit, sagte in einer Gedenkrede, daß der Stalinismus nach zuverlässigen Berichten bisher 37 Millionen Todesopfer in der Welt gefordert habe. Er forderte alle Staatsmänner und Politiker auf, vor Verhandlungen mit den Sowjets, die Freilassung auch des letzten politischen Gefangenen zu fordern.

Gabriel Marcel in Münster eingetroffen

Der französische Dichter und Philosoph Gabriel Marcel, der am nächsten Dienstag an der deutschen Erstaufführung seines Schauspiel „Ein Mann Gottes“ in Münster teilnehmen wird, traf am Montagabend in Münster ein. Am Mittwoch wird Marcel in der Universität einen Vortrag „Über den Begriff des geistigen Erbes“ halten. Marcel hält den gleichen Vortrag auch am Sonntagvormittag in Köln. In der Vorrede zum „Ein Mann Gottes“ stellt Marcel, der als Vertreter des „christlichen Existenzialismus“ gilt, auch auf den Philosophen Peter Wust eingehen, der einst in Münster lebte. Marceles Drama „Ein Mann Gottes“, 1925 geschrieben, schildert den Gedenkskonflikt zweier Menschen, die erkennen müssen, daß gesellschaftliche Konvention im letzten Grunde nicht über die Schwierigkeiten des Lebens hinweghilft, die nur durch christliche Nächstenliebe überbrückt werden können.

samt Ausgabe der Werke Wilhelm Raabes

Die deutsche Erstaufführung des Institut für Auslandsbeziehungen ein Heinrich-Schnee- Archiv, das der deutschen kolonialgeschichtlichen Forschung dienen soll. Der Direktor des Chemischen Institutes an der Kölner Universität, Nobelpreisträger Prof. Dr. A. L. D. hat einen Ruf an die Universität Marburg abgelehnt. Der Professor für Geographie an der Marburger Universität, Dr. Karl Heinz Dietzel, ist im Alter von 58 Jahren gestorben. Dietzel hatte gemeinsam mit dem Kolonialpolitiker und -forscher Hans Meyer das Kolonialgeographische Institut der Universität Leipzig aufgebaut und es jahrelang geleitet.

Der neue Carol Reed-Film „Der Verdammt der Inseln“ nach J. Conrad Roman wird am 15. November in Düsseldorf uraufgeführt. Anschließend läuft der Film in München, Stuttgart, Freiburg, Mannheim, Frankfurt, Mainz, Würzburg, Essen und Bielefeld.

Der von der Londoner Filmgesellschaft im Frühjahr 1950 gedrehte Parfüm-Film über Oberammergau wird im Rahmen einer weltweiten Feierstunde im Passionsort uraufgeführt werden. Der Gemeinde wurde eine Kopie des Films kostenlos überlassen.

„Weitere Stah'prozesse untragbar“

Grimm: Berliner Verfahren schädlich — Serlöse Firmen keine Verbrecher

Düsseldorf, 5. November. (Eigenbericht) Die Landespressestelle gab am Montag den Vertreibern im Berliner Stahlprozeß, Professor Grimm und Dr. Achenbach, Gelegenheit, vor der Presse zu dem Verfahren und Urteil Stellung zu nehmen. Professor Grimm äußerte sich in sehr scharfen Worten. Der Prozeß sei schädlich für Westdeutschland und Westberlin gewesen, nutzbringend dagegen für den Osten. Es sei bedauerlich, daß ein solches Verfahren gegen seriöse Firmen überhaupt möglich gewesen sei und daß die Staatsanwaltschaft sogar den Ausdruck „Stahlschieberprozeß“ in ihren Akten gebrauche.

Professor Grimm erkannte an, daß das Moskauer Landgericht sich bemüht habe, früher gemachte Fehler wieder gutzumachen. Durch den Prozeß sei eine Klärung und Entspannung der Lage insofern eingetreten, als man habe erkennen müssen, daß der Prozeß ein Strafprozeß sei, außerordentlich sei. Es sei daher unmöglich, weitere „Stahlprozesse“ zu ertragen. „Warum erlaubt sich der Staat“, fragte Grimm, „Anstände und ehrenwerte Firmen unter der Anklage des Wirtschaftsverbrechens wie gewöhnliche Kriminelle zu behandeln? Die Auffassung von der Angeklagten, es habe ein Strafprozeß stattgefunden, um verbotenen Othendahl zu umgehen, habe sich als Trugschluss erwiesen, denn der Handel mit Berlin sei erlaubt und erst am 6. Januar 1950 seien für Lieferungen in die Sowjetzone Genehmigungen vorgeschrieben worden. Dr. Achenbach, der sich bereits in den Nürnberger Prozessen einen Namen gemacht hat, betonte, daß er dem Berliner Gericht den Begriff des Dreiecksgeschäfts im Außenhandel habe klarmachen müssen. Er habe darauf hin-

gewiesen, daß jeder Kaufmann in einem Rechtsstaat das Recht habe, im Rahmen der Gesetze alle Chancen für sein Geschäft auszunutzen. Die Bundesregierung müsse nun grundsätzlich Stellung nehmen zu den Oetgeschäften. Dr. Achenbach, der Mitglied des Bundestages ist, erklärte nachdrücklich, daß es nicht den deutschen Interesse liege, grundsätzlich keine Geschäfte mit dem Osten zu dulden. Durch den Handelsverkehr mit dem Osten werde keineswegs das Solidaritätsgefühl mit der westlichen Welt geschwächt. Dies werde auch durch die Handelsverträge anderer westlicher Länder mit dem Osten bewiesen. Jeder müsse seinen Verstoß gegen das Interzonenabkommen vor Korea anders beurteilt werden, als nachher. Ordnungswidrigkeiten könne man durch Ordnungsstrafen ahnden, aber man dürfe sich nicht mit kriminellen Verbrechen auf eine Stufe stellen.

9 Millionen Zigaretten geschmuggelt

Lübeck, 5. November. (dpa) In einem großen Schmuggelprozeß werden sich demnächst ein deutscher Zollsekretär und zwei Beamte der Bundesbahn zu verantworten haben, die beschuldigt werden, in kurzer Zeit fünf Eisenbahnwaggons mit neun Millionen Zigaretten aus dem Osten nach Westdeutschland geschmuggelt zu haben. In der Anklage wird ihnen fortgesetzte Beihilfe zum Schmuggel, schwere Verleumdung, Urkundenfälschung und Urkundenunterdrückung vorgeworfen. Durch die illegale Einfuhr gingen dem deutschen Fiskus mindestens 25 Millionen Mark an Steuern und Zöllen verloren. Die hiesigen Feststellungen sollen die Beamten mindestens ein Waggon und Person 1000 Schweizer Franken (900 DM) erhalten haben.

schmiede des 17. und 18. Jahrhunderts. Genannt seien das vergoldete Terrinchen von Adolf Carl Holm aus dem Jahre 1768 und die vergoldete Schraubenschlüssel mit alten geschliffenen Gläsern von Elias Ritter aus dem Jahre 1840. Mit Porzellanmalerei aus dem frühen 18. Jahrhundert und guten Kaendlerformen ist die Manufaktur Meißner repräsentiert. Ihr gesellt sich eine Fayenceabteilung zu. Weiter entdeckt man bemerkenswerte gotische Skulpturen, darunter das bekannte Anrechter Vesperbild (14. Jh.) und eine tschechische Marienmadonna (15. Jh.). Die reichhaltige Abteilung antiker Möbel bietet einen ansehnlichen Überblick von der Hochgotik bis zur Klassizistik, darunter gotische Schränke und Tische aus Tirol, Sitzmöbel aus dem 16. und 17. Jh., eingelegte österreichische Möbel, Frankfurter Wellenschränke und ein reichhaltiges Ensemble aus Münchener Konsolentisch und ein Meisterwerk David Röntgens, Toilettenstisch in Mahagoni und vergoldeter Bronze. Unter den Gemälden tritt eine Lucrezia von Lucas Cranach d. A. hervor. Erwähnt seien ferner Bilder von J. de Momper, C. de Heem, zwei niederländische Altarblätter von 1500, Diez, Spitzweg, A. und O. Acienbach, Corinthe und einige Meister der Barockschule. Abgerundet wird das Bild von einer Fülle oft sehr alter reizvoller kunstgewerblicher Arbeiten.

Im Mittelpunkt der zweltägigen Veranstaltung wird Dr. Hanswedell in Hamburg stand das reichhaltige Angebot von Kunst-, Silber- und Holzschmitten brachte die größten teils ihre Liebhaber fanden. Der „St. Hieronymus im Gehäuse“ kam auf fast 4400 DM, die 16 Blatt der „Kupferstich-Passion“ brachten mehr als 1700 DM. Die chinesischen und japanischen Holzschmitten wurden auch in der Mehrzahl verkauft. Die Preise lagen meistens zwischen 100 und 150 DM. Auf mehr als 900 DM kam der mit schöner Lackmalerei verzierte Band mit den Werken des persischen Dichters Saadi, die große Tonfigur eines chinesischen Würdenträgers aus der Tangzeit auf 630 DM. Unter den modernen Arbeiten wurden ein Holzschnittporträt Kirch-

ners mit 200 DM, ein Kinderbild (Öl) von Liebermann mit 380 DM, das signierte Litho einer Ballettszene von Matisse mit 200 DM, Münche Radierung „Die Bleiche“ mit 280, ein Knabenbild Noides mit 350, die „Drei Badenden“, eine Radierung Picassos, mit 150 DM, Ringelsteins Ölbild „Die Weizenkinder“ mit 340 DM, die Bronzeplastik der Sinfonis „Piraterie“ mit 485 DM verkauft. Die starke Nachfrage nach Inkunabeln zeigte sich in dem Endpreis von 2650 DM für 70 Fragmente, die auf 900 DM angesetzt waren. Büffons „Naturgeschichte der Vögel“ erbrachte „nur“ 2150 DM, Thieme-Beckers Künstlerlexikon 1720 DM und die Faksimile-Ausgabe der Manessschen Liederhandschrift 1850 DM. Heiß umkämpft war die einzige auf Pergament gedruckte Ausgabe des Maximin von Stefan George, die 1500 DM erzielte. Schillers Brief mit der Schilderung seiner ersten Weimarer Eindrücke an Körner fand für 650 DM seinen Liebhaber.

Dr. M. F.

Chronik des geistigen Lebens

Strawinskis neue Oper „The Rakes Progress“ („Der Wüstling“) hatte am Wochenende bei der deutschen Erstaufführung in der Oper des württembergischen Staatstheaters in Stuttgart einen starken Erfolg. Das Werk kommt noch im November auch in Hamburg, und Düsseldorf heraus.

Toscanini dirigierte am Sonntag in der vollbesetzten New-Yorker Carnegie Hall das „Symphonieorchester der Rundfunkgesellschaft NBC“ in einem Konzert des salomon. Die Darbietungen — Ouvertüre zu „Eurythmies“ von Weber und die Symphonie Nr. 1 von Brahms — fanden reichen Beifall.

Der deutschsprachige Aufführungen der Oper „Salome“ von Richard Strauss unter der Regie von Heinz Tietjen wurden in der Pariser großen Oper zu einem außerordentlichen Erfolg für die Tietjen-Regie. Die Aufführung wurde in Paris, London, New York, Berlin, Hamburg, Frankfurt, Mainz, Würzburg, Essen und Bielefeld.

Die Braunschweigische wissenschaftliche Gesellschaft plant eine auf 20 Bände berechnete Ge-

Delegie

Der Bundesdirektor Bundesregie digen Verb rufen.

für, „

Der Neu teilt der Steuer für gezo gen kann. Dies Kriegsscha die durch I Der Erba wechsel — wenn nicht Bebauung

Nachts v leitungskab dener Vasse stohlen.

Wegen Bettelei w fetsenomm Mann, der lief, vorläu

Wegen Einführung auf der A wurde An

Wegen politizellch

Z

Mitglied belververei bei Vasse abend. Vso vollbesetzt die Vorsitz Plaffen so Wolfrum die Bedeu ung herau wichtiges Überwindu

Ein bun sänger“ Q der Theatr in Sketchen außerdem und Lauten Künsten

Abends m

In diese stätte (Schu besuch a und gutes teilung a und Polit Presse und Meinungs. — D

In Net Apfel 40-40, Weik 75, N Boote 18, N vian 20, S Auf de Großmark tiert: in 22-29, B Feldsat 8,1-9,3, Rosenkohl bis 17, S

Die M Billardfr Runt anant jährige W Willi Sch lokal.

Interes im Laufe wie sehr auf gele legen, sein. Die Stad zugegen mal an der Gel selen, z in der m einmal sches Bil

Aus der Stadt Neuß

Delegierter der Bundesregierung

Der Bundesminister für Verkehr hat Oberstadtdirektor Dr. Nagel zum Delegierten der Bundesregierung in der Internationalen Ständigen Kommission des Internationalen Ständigen Verbandes der Schiffahrtskongresse berufen.

Keine Grundsteuer für ertraglose Ruingrundstücke

Der Neuber Haus- und Grundbesitzverein bei Vassen mit, daß die angeforderte Grundsteuer für Grundstücke, aus denen kein Nutzen gezogen wird, auf Antrag erlassen werden kann. Dies gilt sowohl für Grundstücke mit Kriegsschäden als auch für solche Grundstücke, die durch Demontage ertraglos geworden sind. Der Erlass der Grundsteuer entfällt bei Besitzwechsel — Erbschaftsgut ausgenommen — wenn nicht innerhalb von zwei Jahren eine Bebauung erfolgt.

Der Polizeibericht

Nachts wurden eine Firma 55 Meter Freileitungskabel und 125 Meter Kabel verschiedener Größen sowie ein Meßinstrument gestohlen.

Wegen Verdachts der Landstreicherei und Bettelstreicherei wurde ein 24jähriger Mann vorläufig festgenommen. Außerdem wurde ein 21jähriger Mann, der wohnungs- und arbeitslos umherliefe, vorläufig festgenommen.

Wegen Sachbeschädigung, und zwar wegen Einführung von Laub in das Auspuffrohr eines auf der Erftstraße abgestellten Kraftwagens, wurde Anzeige erstattet.

Wegen Volltrunkenheit wurde ein Mann in polizeiliche Verwahrung genommen.

Zwischen Furth und Römerlager

KAB als Familie

Mitglieder und Freunde des Katholischen Arbeitervereins von Neuß-Weidenberg trafen sich bei Vassen zu einem gemütlichen Familienabend. Vorsitzender Roschke konnte einen vollbesetzten Saal und als Gäste Kaplan Hoppe, die Vorsitzenden der KAB anderer Neusser Pfarren sowie den neuen Arbeiterführer Wolfrum begrüßen. Kaplan Hoppe hob kurz die Bedeutung der katholischen Arbeiterbewegung heraus, in der auch Kardinal Frings ein wichtiges Organ sehe, das mithilfe an der Überwindung sozialer Schwierigkeiten.

Ein buntes Programm, das der „Straßenbahnsänger“ Ott und der Tenor Deuß, ein Mitglied der Theatergruppe Broders, und M. Benz sowie die Hauskapelle Jansen mit Liedern, Sketchen und stimmungsvoller Musik bestritten, außerdem Kurt Klöden, der als Conférencier und Lautensänger und mit seinen magischen Klängen viel Beifall fand, an der Gestaltung des Abends mitgewirkt hatten.

Kurse für jedermann

In dieser Woche beginnen an der Volkshochschule (Schule an der Promadenstraße), 19.30 Uhr, zwei grundlegende Kurse für jedermann vom 19. bis 22. November. Der Kurs „Richtiges und gutes Deutsch“, am Freitag der Kurs „Teilnahme am öffentlichen Leben (Staatsbürgerkunde und Politiklehre)“, wirtschaftliche Mitbestimmung, Presse und Rundfunk, bedeutende Tagesereignisse, Meinungsaustausch mit Führungen und Besichtigungen. — Die Kurse dauern bis zum 1. April 1952.

Der Marktbericht

In Neuß wurde je Pfund in Pfennig gezahlt: Äpfel 40–70 Birnen 45–70, Nüsse 140, Feldsalat 40, Weißkohl 14, Rotkohl 20, Wirsing 15, Rosenkohl 75, Möhren 25, Tomaten 30, Zwiebeln 30, Rote Beete 10, (je Stück) hell. Treibhausasalat 40, Endivien 20, Sellerie 20–40, Porree 10. Auf der Versteigerung des Düsseldorf-Großmarktes wurden am 5. 11. folgende Preise notiert: (in DM je kg) Äpfel, Auslese 42–53, dto. A 1 22–29, Birnen, Auslese 35–43, dto. A 1 22–28, Feldsalat 10–13, Spinat 9–13, Dauerweißkohl 8–11, dto. 11–12, Wirsing 10–10,8, Rosenkohl 42–49, Grünkohl 6,5–7,5, Möhren 13,5 bis 17, Schwarzwurzeln 30–32, Zwiebeln 19–21,3.

„Amateur“ noch groß geschrieben

25jähriges Stiftungsfest des Clubs der Billardfreunde Neuß 1926

Die Mitglieder und Freunde des Clubs der Billardfreunde Neuß 1926, die zu fröhlicher Runde im Saal Germania versammelt waren, nannten dreierlei Grund zum Feiern: das 25-jährige Bestehen, den „silbernen“ Vorsitz von Willi Schmitz und das „gleichaltrige“ Vereinslokal.

Interessant und zugleich erfreulich war es, im Laufe des Abends immer wieder zu hören, wie sehr die Neuber Billardspieler Wert darauf gelegt haben und weiterhin Wert darauf legen, Amateursportler reinen Wassers zu sein. Daran anschließend wurde die Bitte an die Stadt, als deren Vertreter Josef Versteil zugegen war, ausgesprochen, doch auch einmal an den Billardsport zu denken, wenn wieder Gelder aus einem Sportfonds zu vergeben seien, zumal dann, wenn der Verein — womit in der nächsten Zeit durchaus zu rechnen sei — einmal Gastgeber für den Kampf um die Deutsche Billardmeisterschaft sein werde.

Für unsere Frauen und Mütter von morgen

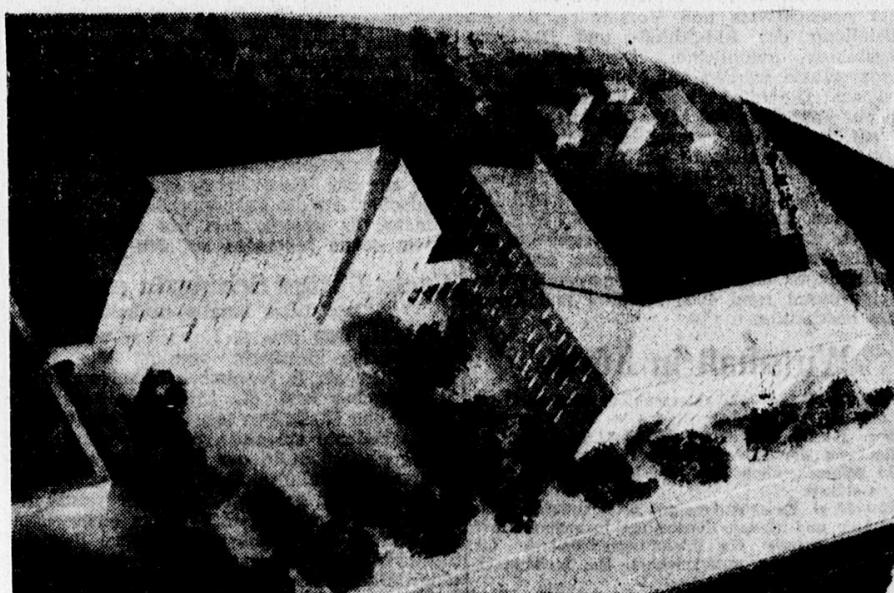
1000 Mädel warten auf neue Unterkunft — Mädchen-Berufsschule soll im Herbst 1952 fertig werden

Eigentlich wollte sich der Redakteur der NGZ mit Frau Direktor Neumann über die seit einigen Wochen an der Hafenstraße im Bau befindliche Mädchenberufsschule unterhalten. Aber dann stand der Journalist plötzlich einem guten Dutzend junger Mädel einer Kinderpflegerinnenklasse gegenüber. Neugierig, mit großen Augen schauten sie den Besucher an, um sich dann sofort wieder mit ihrem Stüppchen, Pudding und sonstigen naheliegenden Dingen, die sie unter Anleitung einer Lehrerin kochten, zu beschäftigen.

Vor wenigen Tagen saßen sie als interessierte Zuhörer in der Stadtratssitzung. Kommunalpolitik und Kochtopf — eine seltsame Mischung, könnte man zunächst urteilen. Aber in dem weitsichtigen Studienplan dieser Mädel steht auch Bürgerkunde, wozu Kenntnisse über die Aufgaben der Stadtverwaltung und Stadtväter gehören. Und was sie von der Kommunalpolitik wußten, hätte manchem älteren Bewohner unserer Stadt zur Ehre gereicht. Kennen sie sich doch schon in den einzelnen Dezernaten der Verwaltung und deren Funktionen aus, wußten, welche Rechte und Pflichten die Stadtväter haben und konnten noch einiges mehr beantworten.

Das Lob, das ihnen der Besucher ob dieser Kenntnisse sollte, machte sie sichtlich stolz. Auch auf die Frage, warum sie für 1 1/2 Jahre täglich, teilweise mit weitem Anmarschweg aus dem Landkreis nach Neuß in diese Padschule kommen, hatten sie plausible Angaben zur Hand, die aus Backfischmund bestechend wirken mußten.

Im obersten Stockwerk der wiederhergerichteten Rheintorschule sitzt nicht nur diese Klasse. Auch eine Haushaltungsschule mit einjährigem Besuch findet hier ihre Unterkunft. Diese Wahl- sowie alle Pflichtklassen der Neu-



Das Modell zur neuen Mädchenberufsschule an der Hafenstraße

der Mädchenberufsschule — rd. 1050 Mädelchen im Alter von 14 bis 18 Jahren — warten mit Ungeduld auf ihr neues Schulgebäude.

Seit etwa drei Wochen wird an der Hafenstraße, gleich neben der Rheintorschule, gebuddelt. Das Gelände — frühere Erftwiesen oder angeschnittenes Terrain — verlangt eine besondere Fundamentierung, zu der Stahlbeton-Präpfeiler benötigt werden. Die Pläne der neuen Schule stammen vom Stadt. Hochbauamt, das auch die Bauleitung innehat. Der Winklerbau ist in seiner Hauptfront 40 Meter lang und 15 Meter tief, die Maße des Seitenflügels betragen 19 x 10 Meter. Es wird ein dreigeschossiger Ziegel-Rohbau mit Werkstein-Verblendung, der, wenn er im Herbst des nächsten Jahres bezogen werden kann, sich sicherlich gut ausnehmen wird.

Im Erdgeschoß der Mädchenberufsschule findet die Verwaltung, die Schuldiensterziehung, die Lehrerbücherei, eine Lehrwerkstätte, eine Bügelklasse, der Lehrkindergarten und eine Kinderpflegerinnenklasse Unterkunft. In die erste Etage kommen zwei große Lehrküchen, ein Speisesaal, ein Film-Musik-Gymnastikraum und eine Kranken- und Säuglingspflegestelle. Und im zweiten Geschoß sollen vier Nähklassen, eine Schneiderinnen-, eine Haarpflegerinnen-

klasse und eine kleine Schulbücherei untergebracht werden. Das Ganze nach modernen Gesichtspunkten errichtet in hellen und lichten Räumen. Kostenaufwand mit allem „Drum und Dran“ rund 1/4 Millionen Mark.

In der neuen Berufsschule, durch die 80 Prozent der weiblichen Jugend gehen, soll nichts Exklusives geschaffen werden. Man will zweckmäßig bauen, selbstverständlich den fortgeschrittenen Bedürfnissen unserer heranwachsenden Mädel entsprechend, die morgen unsere Frauen und Mütter sein werden.

Klangkörper hoher Spielkultur

4. Zeughauskonzert mit dem Stuttgarter Kammerorchester

Das Stuttgarter Kammerorchester, dessen Bekanntheit die Neuber Musikwelt im vierten Zeughauskonzert machte, hat sich in relativ kurzer Zeit internationalen Ruf erworben. Sein Dirigent Karl Münchinger, ein Schüler Hermann Abendroths, hat sich in allen Sparten seiner Laufbahn erprobt. Das, was er bietet, ist aus feinsten durchgearbeiteten, bei der Aufführung aber immer wieder von der Inspiration des schöpferischen Augenblicks diktiert. Seine Interpretation leitet ein wacher musikalischer Instinkt, der ein Stück nicht komplizierter anfaßt, als es ist, und es in seiner natürlichen Gewissenheit auslegt.

Im Programm fehlte die Klassik. Aus der Barockmusik gab es drei Werke: ein Konzert für Streichorchester von Benedetto Marcello, dem satirischen Kritiker der venetianischen Oper, in der melodischen Führung weitgreifend und in seinem kontrapunktischen Aufbau zügig, vermittelte sofort, einen packenden, Eindruck von der Leistungshöhe der Spielgemeinschaft, bei der besonders die ausdrucksreiche linke Hand eine wichtige Rolle spielt, und der subtilen Ausarbeitung aller Einzelheiten. Dieser Marcello hat auch Johann Sebastian Bach zu gegentheilten Bearbeitungen angeregt. Wenn von diesem dann die Fuge in g-moll folgte, so sollte sie in ihrer gelockerten, von schöner Empfindung getragenen Ausführung wohl mehr ein Beispiel für das Bachspiel der Stuttgarter sein, dem vor einiger Zeit ja auch der Papst

Halali zum Wochenende

Hubertustag — er bedeutete für den Waldmann wieder den Beginn des edlen Waldwerks in Wald und Flur. Überall im Kreise erklang das fröhliche Halali, sah man die Grünrücke durch Wald und Feld streifen mit ihren treuen Beoiletern. Am Abend sah man dann beim traditionellen Schlüsselreiben im Restaurant Steves und freute sich des schönen Tages und des jagglichen Erfolges.

Der herbstfrische Tag sah auch die Reiter und Reiterinnen beim fröhlichen Jagen. Das Neuber Reiterkorps hatte zur Hubertus-Fuchsjagd eingeladen und am Stelldichein Lindenhof in Buderich war eine große Schar versammelt, unter denen sich auch Reiter und Reiterinnen aus dem befreundeten Düsseldorf-Rett- und Fahrverein sowie Gäste aus dem Landkreis befanden. Master Robert van Endort, der Teilnehmer und Freunde begrüßte und einige Hinweise auf die Jagdregeln gab, führte das Feld anschließend durch den Wald bei Meerbusch über die Felder zum Rhein, wo auf den Rheinwiesen das „Jagd frei“ erschallt und die Zuschauer, die in einer Wagenkolonne gefolgt waren, einen prächtigen Kampf um den Fuchsschwanz erlebten. Der glückliche Sieger, PW. Nestler, Rommerskirchen, konnte nach hartem Kampf dem Fuchs — Dr. Bodenheim — die Siegestrophäe entreißen. Den Abschluß bildete die Siegerehrung bei einer kleinen Feier im Lindenhof in Buderich, die Teilnehmer und Gäste in gemütlicher Runde vereinigten.

Mit Feuerwerk und Fanfaren

Beim Reiterkorps Neuß-Grimlinghausen war die Reiteralegreiherung noch fällig und so wurde sie zum Wochenende mit Feuerwerk und Fanfarenklängen nachgeholt. Im Vereinslokal H. Rünz konnte Reiterchef Stefan Schneider unter den Gästen Dieter Meng, Schützengruppenführer Michaelis, Schützenpräsident Brühl und Oberst Rongen begrüßen. Der Proklamation schloß sich der Reiterball an, bei dem die Kapelle Nießen eifrig ins Horn blies.

NGZ gratuliert

Werkmeister Heinrich Kürten feierte sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Bauer und Schaurte in Schwarzenbek.

18000 Tauben flogen um die Wette

Herbsthauptversammlung der Brieftaubenzüchter — Ein Jahr ohne Katastrophenflüge

Die Neuber Brieftaubenzüchter-Reisevereinigung von 1935 und der Kreisverband Neuß hielten im Lokale Vassen ihre Herbsthauptversammlung. Sämtliche 25 der R.-V. angeschlossenen Vereine waren mit über 200 Teilnehmern vertreten. Nachdem als 1. Vorsitzender Willi Krudchen und Franz Heilmann, die Sieger der Stadt Neuß, die Brieftaubenzüchter-Reisevereinigung im Lokale Vassen statt. Für die Siegerschau wurden 30 Ehrenpreise gestiftet.

Im Anschluß an diese Veranstaltung tagte der Kreisverband der Brieftaubenzüchter in Neuß. Erster Kreisvorsitzender wurde Heinrich Paar (Neuß) und Stellvertreter Bernhard Bruns. Zu Beisitzern wurden gewählt Paul Drees, Hugo Schilling und Friedrich Ritterbach (Nievenheim). Die Gewählten blieben gleichzeitig den Ehrenrat für den Kreis, dessen Hauptaufgabe es ist, Meinungsverschiedenheiten zu schlichten.

Die Vorstandsergänzungswahl der Reisevereinigung erbrachte folgenden Gesamtergebnis: 1. Vors. Heinrich Paar, 2. Vors. Josef Breuer, Beis. Bernhard Bruns, Paul Drees, Heinrich Tietes, Willi Krudchen und Franz Heilmann. Die Siegerschau mit Familienfeier findet am 8. Dezember im Lokale Vassen statt. Für die Siegerschau wurden 30 Ehrenpreise gestiftet.

Im Anschluß an diese Veranstaltung tagte der Kreisverband der Brieftaubenzüchter in Neuß. Erster Kreisvorsitzender wurde Heinrich Paar (Neuß) und Stellvertreter Bernhard Bruns. Zu Beisitzern wurden gewählt Paul Drees, Hugo Schilling und Friedrich Ritterbach (Nievenheim). Die Gewählten blieben gleichzeitig den Ehrenrat für den Kreis, dessen Hauptaufgabe es ist, Meinungsverschiedenheiten zu schlichten.

Mit fünf seiner besten Tauben errang Hans Klünkers (Rakete Neuß) bei 13 Preistouren 42 Preise in 17 800 Freiskilometern die Meisterschaft der Reisevereinigung. Johann Heilmann (Heerd) hatte bei 13 Preisen mit 5120 Freiskilometern die beste Taube. Den Wanderpreis der Stadt Neuß holte sich Heinz Kraus (075 Neuß) und den Hermann-Gilges-Gedächtnispreis Mathias Bienenfeld (Greifath). Den Schilling-Wanderpokal holte sich zum zweiten Male der Heider Verein. Außerdem wurden noch zahlreiche weitere Diplome und Medaillen als kleinere Stiftungen, die in der nächsten Versammlung ausgehändigt werden, bekanntgegeben.

Die Tauben wurden in der nächsten Versammlung ausgehändigt werden, bekanntgegeben.

Weiter Kopf an Kopf

Die Kämpfe um den Titel „Neuer Schachmeister“ sind nun soweit gediehen, daß man fast mit völliger Sicherheit annehmen kann, daß die an der Spitze liegenden Landscheit und Melentin auch nach der letzten Partie punktgleich stehen werden. Auch am Tabellenende ist noch lange nicht alles klar, und es ist noch eine Frage, welche drei Spieler absteigen werden. Aus dem Hauptturnier A und B steigen die beiden ersten auf, wogegen die zweiten den dritten „Aufsteiger“ in einen besonderen Kampf ausspielen werden. — Der Stand in den einzelnen Klassen ist wie folgt:

1. Meisterturnier: 1. Landscheit 8½ Punkte aus 9 Partien, 2. Melentin 7½ P. aus 8 Part. 3. Neumeier 6½ P. aus 9 Part., 4. Foré 5½ P. aus 9 Part., 5. Gocke 4½ P. aus 8 Part., 6. Grünler 4 P. aus 8 Partien, und fünf weitere Teilnehmer.

2. Hauptturnier, Gruppe B: 1. Janoschka 7 Punkte aus 8 Partien, 2. u. 3. Hilger und Rolofs 5½ P. aus 7 Part., 4. Filerna 5½ P. aus 8 Part., 5. Bayerte 4½ P. aus 7 Part., 6. Kluth 4 P. aus 7 Partien, und vier weitere Teilnehmer.

1. NTTC 1938 von Würselen geschlagen

Von neuem mit Verlängerung ausgetragenen Spielen gewonnen die Neuber nur drei

Infolge widriger Umstände mußten die Neuber in diesem Spiel ohne Heilenbrand antreten, so daß dieser Kampf von vorneherein unter einem ungünstigen Stern stand.

Trotzdem entwickelte sich vom ersten Spiel an ein dramatisches Geschehen, in dem beide Mannschaften ausgezeichnete kämpferische und sportliche Leistungen zeigten. Das Glück war auf Seiten der Gäste, die von den neuem mit Verlängerung ausgetragenen Spielen sechs für sich entscheiden konnten und zum Schluß mit einem glücklichen 10:6-Erfolg nach Hause führen, nachdem sie morgens den TTK Fortuna Giesenkirchen knapp mit 7:5 unterlag.

Pfeifenmänner wurden belehrt

Gutbesuchter Belegungsabend mit Bez.-Schiedsrichterobmann Hülsmeier

Der am Samstag im Lokale Schmitz, Krefelder Straße, abgehaltene Schiedsrichter-Belegungsabend erhielt seine besondere Note durch ein Referat

Bildernachlese vom Sonntag

Auch der diesmal Halbstürmer spielende Daniels kam nicht ein einziges Mal zu einem erfolgreichen Torschuß gegen die ausgezeichnete Hintermannschaft des Spitzenreiters Meerbeck

Auch der diesmal Halbstürmer spielende Daniels kam nicht ein einziges Mal zu einem erfolgreichen Torschuß gegen die ausgezeichnete Hintermannschaft des Spitzenreiters Meerbeck

von Bezirks-Schiedsrichterobmann Hülsmeier (Krefeld). Daß mit Sportkamerad Hülsmeier nicht irgendwer über die Fußballregeln und all die wichtigen Dinge, die unseren beliebten Volkssport auf dem grünen Rasen ablaufen lassen, sprach, bewies nicht nur die rege Beteiligung unserer Pfeifenmänner.

Vom Vorstand unseres Kreisverbandes bemerkte man Kreisvorsitzenden Josef Schumacher und Kreisfußballobmann Höcky. Auch von den Vereinen selbst waren viele Vorstandsmitglieder und aktive Spieler erschienen. Nach einer herzlichen Begrüßung durch Kreis-Schiedsrichterobmann Hülsmeier glich Sportkamerad Hülsmeier in klaren und verständlichen Worten auf all die Dinge ein, die einem Schiedsrichter und Spieler besonders am Herzen liegen. Angefangen von der Entstehung der Regeln über die Fila, dem Platzaufbau, dem Unterschied zwischen Jugend- und Seniorenspielen über die so wichtige Regel 12 bis zum Handspiel, Strafstoß usw. wurde vom Redner alles in einer Weise behandelt, die schlechthin eine Belehrung im wahren Sinne des Wortes darstellte. Sein Vortrag gipfelte darin, daß eine gute Regelkenntnis und -beachtung zu einer noch besseren Zusammenarbeit zwischen Schiedsrichter, Spielern und Publikum führen müsse. Eine rege Diskussion zeigte, daß seine Worte bei den Anwesenden mit größtem Interesse aufgenommen worden waren. An der magnetischen Fußball-Belegungsstafel wurde schließlich noch eine Reihe von Beispielen aus der Praxis beleuchtet.

Bravo, Turnverein 1910!

Die Jugend findet im TV 10 Hammerden eine Betreuung, die in guten Händen liegt und in der Betreuer recht beachtliche Erfolge aufzuweisen hat. Das zeigte sich beim Herbstturnen im Saale Schmitz zu dem Vereinsleiter Ervens ein volles Haus und besonders Bürgermeister Helten und Amtsdirektor Schmitz begrüßte. Turner aus Gustorf und Grevenbroich-Orken wirkten mit. Sowohl der Veranstalter wie die Gäste zeigten turnerische Leistungen, die mit herzlichem Beifall bedacht wurden.

OSRAM hat die Preise gesenkt!

Listenpreise für Allgebrauchslampen:

(einschl. Leuchtmittelsteuer)

Beispiele	bisher	heute
15 Watt	DM 1,12	DM 0,95
25 Watt	DM 1,12	DM 0,95
40 Watt	DM 1,24	DM 0,95
60 Watt	DM 1,40	DM 1,20
75 Watt	DM 1,72	DM 1,45
100 Watt	DM 1,90	DM 1,60

... und noch ein Hinweis:

stets auf den Namen OSRAM achten — der Qualität wegen.



NEON-WERBEANLAGEN
aller Art in betriebsfertiger Ausführung
INNENBELEUCHTUNGEN